

Schönburger Tageblatt

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis v. 1.-31. Mai im voraus 150 G.-Bilg. freibl. auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6gesp. Peritzelle 0,10 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,15 Goldmark, 3gesp. Reklametzelle 0,45 Goldmark, Hinweis auf Anzeigen und Einzelandte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,10 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Goldsch. Filiale Waldenburg. Stabikontonto Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Einreichung der Rechnungsbereiche wird jeder Nachschuß hinfällig.

Sugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standsamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (E. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabertag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Riesen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unser Briefkasten hat der Bezahler seinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises für Mängigkeit der durch Bezahler aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 111

Dienstag, den 13. Mai 1924

46. Jahrgang.

Blutiger Zusammenstoß mit Kommunisten bei Halle.

Dollarkurs (amtlich 10. Mai) 4200 Milliarden. Reichspräsident Ebert wohnte am Sonntag der Eröffnung der Kölner Werk bei.

Der Reichstag tritt am 27. Mai zusammen.

Das Ministerium für Wiederaufbau ist am 11. Mai aufgelöst worden.

Unter den Bergarbeitern im Ruhrgebiet herrscht verzweifelte Stimmung.

Der sozialdemokratische Parteitag findet am 11. Juni in Berlin statt.

Die sozialdemokratische Fraktion will Anträge zur Änderung des Reichswahlgesetzes stellen.

Der Antrag auf Volksentscheid über das Sachverständigen-Gutachten wird allgemein abgelehnt.

Der Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften hielt in Darmstadt seinen Verbandstag ab.

Der württembergische Landtag tritt am 20. Mai wieder zusammen.

In Halle wurde gestern das neue Molke Denkmal eingeweiht.

In Wülberg bei Halle wurden bei einem Zusammenstoß 10 Kommunisten getötet.

Strasburg wird der größte Luftschiffhafen Frankreichs.

Bei den französischen Wahlen war die Wahlbeteiligung mäßig.

Die Zusammenkunft Macdonalds mit Poincaré wird als das Vorbild einer Europakonferenz angesehen.

In Moskau und Petersburg kam es zu ernstlichen Streikunruhen.

Waldenburg, 12. Mai 1924.

Den deutschen Reichstagswahlen sind am Sonntag die französischen Kammerwahlen gefolgt. Ueber das Ergebnis läßt sich zur Stunde noch nichts sagen, und es dürften noch einige Tage vergehen, bis das Gesamtergebnis vorliegt. Das französische Wahlrecht ist nämlich noch unübersichtlicher als das deutsche. Es stellt ein Mittelglied zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl dar. Demgemäß wird jeder Kandidat, der eine absolute Stimmenmehrheit erzielt hat, als gewählt erklärt; die übrigen Sitze in der Kammer werden auf Grund eines sehr verwickelten Systems von „Quotienten“ und „Durchschnittszahlen“ unter die anderen Kandidaten verteilt, auch wenn der eine oder der andere darunter eine verschwindende Minderheit von Stimmen erhalten hat. Aber die „Quotienten“ sind in jedem Wahlbezirk verschieden, und die „Durchschnittszahlen“ sind bei jeder Partei anders; es ist daher keineswegs ausgemacht, daß die sich aus solchen Wahlen ergebende Kammer tatsächlich ein Spiegelbild des politischen Denkens in Frankreich darstellen wird.

Die wesentlichsten Kennzeichen des französischen Wahlgesetzes sind folgende: Als Einheit des Wahlbezirks gilt das Departement; jeder Wahlbezirk entsendet mindestens drei Deputierte in die Kammer. Der Verhältnismaßstab ist: je ein Deputierter für eine Volkszahl von 75 000 Franzosen. Wenn in einem Departement mehr als sechs Deputierte zu wählen sind, so wird das Departement in zwei oder mehr Wahlbezirke zerlegt. Unabhängige Kandidaturen sind unzulässig. Wer sich um ein Mandat bewirbt, muß sich als Kandidat einer Partei oder einer politischen Gruppe aufstellen lassen. Jede Partei muß eine vollständige Kandidatenliste präsentieren. Niemand kann in mehr als einem Departement als Kandidat auftreten. Ergibt die Wahl eine gleiche Stimmenzahl, so gilt der ältere Kandidat als gewählt. Wenn die Zahl der abgegebenen Stimmen weniger ist als ein Drittel der Zahl der eingeschriebenen Wähler, so wird die Wahl als ungültig erklärt.

Gewählt ist nun zunächst, wer die Stimmenmehrheit erzielt hat. Die übrigen Mandate werden dann nach dem Grundsatz der Verhältniswahl verteilt. Der Wahlquotient wird ermittelt, indem man die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen durch die Zahl der zu erwählenden Deputierten dividiert. Die durchschnittliche Stimmenzahl für jede Parteiliste wird ermittelt, indem man die Gesamtzahl ihrer Stimmen durch die Zahl der Kandidaten dividiert. Sodann wer-

den jeder Liste so viele Mandate zugeteilt, als ihre Durchschnittsstimmenzahl den Wahlquotienten enthält. Wenn dann noch Mandate übrig bleiben, werden sie derjenigen Parteiliste zugewendet, die die größte Durchschnittsstimmenzahl aufzuweisen hat. Ein Kandidat wird aber nicht als gewählt erklärt, wenn die Zahl der auf ihn entfallenen Stimmen nicht größer ist, als die Hälfte der Durchschnittsstimmenzahl seiner Parteiliste.

Schon diese Andeutungen zeigen, daß man Mathematiker vom Fach sein muß, um dieses Wahlrecht völlig zu begreifen. Der Durchschnittswähler steht ihm jedenfalls völlig fassungslos gegenüber, zumal da in Frankreich die Volksbildung auf einer niedrigeren Stufe steht als bei uns.

Zu diesem verwickelten Wahlrecht kommt nun noch eine Fülle von Parteien und Gruppierungen, die die Uebersicht über das Wahlergebnis noch weiterhin erschweren. Für uns Deutsche allerdings ist es ziemlich gleichgültig, wie sich dieser Parteienkalender in seinen Einzelheiten zusammensetzt, denn alle Franzosen, bis auf die Kommunisten, stehen auf dem Boden des Versailler Vertrages — so, wie Poincaré ihn versteht — und sind sich darin einig, daß Deutschland bis aufs Blut ausgepreßt werden muß. Es ist deshalb auch wenig wahrscheinlich, daß die Stellung Poincarés durch die Wahl erschüttert sein wird.

Die Kreditnot der Landwirtschaft.

Tagung der Landwirtschafts-Genossenschaften.

Unter starker Beteiligung von Genossenschaften aus dem ganzen Reiche und bei Anwesenheit des früheren Großherzogs von Hessen, der Angehörigen der Familie des Verbandsgründers, Geheimrat Wilhelm Haas, und der Vertreter von Behörden und Verbänden, hielt in Darmstadt der Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften seinen 37. Verbandstag in städtischen Saalbau ab. Verbandsdirektor, Landesökonomikrat Johannsen-Hannover eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er zunächst dem Großherzog Ernst Ludwig von Hessen dafür dankte, daß er wiederum das Ehrenpräsidium für die Tagung übernommen habe. Dann gedachte er der Leiden unserer deutschen Brüder im besetzten Gebiete und vertehrte sie der wärmsten Anteilnahme. Ueber

die Entwicklung des Genossenschaftswesens teilte der Redner mit, im Jahre 1903 bestanden 27 500 Genossenschaften in Deutschland überhaupt, davon waren 22 024 landwirtschaftliche Genossenschaften. Jetzt sind es 50 000 Genossenschaften. Der Zuwachs an landwirtschaftlichen Genossenschaften war, wie es selbstverständlich ist, in der Kriegszeit gering. Er stieg dann aber in außerordentlich starkem Maße. Von den 38 028 Genossenschaften sind im Reichsverband in 28 Verbänden 25 165 Genossenschaften vereinigt. Es folgten einige Vorträge. In der Aussprache gab der Präsident der Preussischen Zentraldarlehnskasse, Geheimrat Sumper-Berlin, Auskunft über

die Kreditgewährung der Preussenkasse.

Danach hat die Preussenkasse zurzeit Kredite in Höhe von 360 Millionen Mark bewilligt, davon wurden 35 Millionen für städtische Belange gegeben, nämlich für Konsumvereine, für die Kreditbedürfnisse der Volksbanken; der Rest mit 325 Millionen ist für landwirtschaftliche Zwecke gegeben worden. Die Aufnahme von Krediten aus dem allgemeinen Weltmarkt des Inlandes ist nicht unmöglich, sie sind aber zu teuer, so daß sie für landwirtschaftliche Zwecke nicht in Betracht kommen. Wir haben alles getan, um unsere Kredite bei der Reichsbank zu erweitern, aber hier ist eine Grenze gezogen, über die wir nicht hinweg können. Die Reichsbank ist die Hüterin der Währung. Der Kredit der Reichsbank für die Landwirtschaft ist allerdings sehr gering. Eine gewisse Entlastung der Kreditnot darf man erwarten von der Goldkreditbank, die in diesen Tagen ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen

Wir verlangen:

1. daß unsere in ihrem Fundament erschütterten und fast bis zum letzten Rest zerfallenen Einrichtungen be-

reit werden und befreit bleiben von allen Befastungen, die den Fortbestand des mühsam geschaffenen Baues gefährden können.

2. daß die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Ausschüßung der im Reichsverband vereinigten Provinzial- und Landeszentralstellen vom 10. April d. J. sowohl für Erhaltung der Wirksamkeit der jetzt so glänzend erbauten und nun so stark geschwächten ländlichen Genossenschaften als auch zur weitgehendsten Sicherung der Ernährung des Volkes als eine ebenso erste wie vordringliche Frage erachtet, einigermaßen angemessene und der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes angepasste langfristige Kreditmöglichkeiten unter wirtschaftlich tragbaren Bedingungen zu erschließen.

Poincarés Besuch bei Macdonald.

Vorbild zu einer allgemeinen Konferenz?

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt, die Konferenz zwischen Macdonald und Poincaré in Chequers am 20. Mai sei nur das Vorbild für eine Vollkonferenz der europäischen Mächte, die zweifellos in England stattfinden werde. Der Pariser Berichterstatter des Blattes meldet, in Paris hoffe man, daß die Erörterung zwischen Macdonald und Poincaré eine Grundlage für eine allgemeine, Mitte Juni stattfindende Konferenz schaffen werde.

„Excelsior“ versichert, daß zwischen Poincaré und Macdonald die nachstehenden Fragen am 20. Mai zur Sprache gebracht werden:

1. Wirtschaftliche Demobilisierung an der Ruhr;
2. Maßnahmen zur Sicherung und Verpflegung der Truppen während der militärischen Demobilisierung, die nach Maßgabe der deutschen Zahlungen erfolgen soll;
3. Festlegung der Garantien und eventuellen Sanktionen für den Fall neuer Verfehlungen seitens des Reiches;
4. Festsetzung der deutschen Schuldziffer in der Höhe der von den Sachverständigen vorgesehenen Jahresleistung;
5. Reduzierung des Prozentsatzes der den einzelnen Mächten zuerkannten Reparationsbeträge;
6. Das interalliierte Schuldenproblem.

Für den Fall, daß diese verschiedenen Punkte nicht alle zur Sprache kommen würden, würden sie dennoch Gegenstand einer späteren französischen und allgemeinen interalliierten Aussprache sein.

Der abgelehnte Volksentscheid.

Berliner Pressestimmen.

Die Sozialdemokratie hat mit ihrer Anregung, das Gutachten einem Volksentscheid zu unterbreiten, nicht viel Gegenliebe gefunden. Die Berliner Presse aller Parteirichtungen lehnt einmütig den sozialdemokratischen Vorschlag ab. Es wird dabei auf die Bestimmungen der Verfassung hingewiesen, wonach Gegenstand eines Volksentscheids nur ein ausgearbeitetes Gesetzentwurf sein kann und auch nur dann, wenn der Reichstag diesen Gesetzentwurf abgelehnt hat. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß sich der einzelne Wähler über das Gutachten, das mehrere 100 Seiten faßt, gar kein Urteil bilden kann und daß es sich bei dieser Frage auch gar nicht um ein glattes Ja oder Nein handeln kann. Im einzelnen seien folgende Pressestimmen verzeichnet:

Der „Tag“ schreibt: Dieser Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes stellt so ziemlich angesichts der tatsächlichen politischen und verfassungsrechtlichen Lage das Unglaublichste an Einfachheit dar, das jemals in Deutschland auf politischem Gebiete geleistet wurde.

Der „Votal-Anzeiger“ verurteilt ihn als einen übereiften Schritt und bemerkt, daß festgestellt werden müsse, daß man in den der Regierung nahestehenden Kreisen der von den Sozialdemokraten propagierten Idee vollkommen fernsteht und in diesem Wunsche ebenfalls eine unangebrachte Uebereilung erblickt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Die deutsche Sozialdemokratie zeigt damit wieder, daß ihr das ABC der Außenpolitik völlig unbekannt ist.